



Aktueller Begriff

Vor 100 Jahren: Der Mord an Matthias Erzberger

Am 26. August 1921 wurde der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger bei Bad Griesbach im Schwarzwald bei einem Spaziergang mit einem befreundeten Reichstagsabgeordneten von zwei rechtsradikalen Freikorpsmitgliedern ermordet. Der tödliche Anschlag galt einem der exponiertesten Verfechter der noch jungen Weimarer Demokratie, der als Reichstagsabgeordneter schon vor 1914 entschieden für eine Parlamentarisierung des Kaiserreiches eingetreten war.

Matthias Erzberger wurde am 20. September 1875 im schwäbischen Dorf Buttenhausen geboren. Aus einfachen Verhältnissen stammend schloss er 1894 eine Ausbildung zum Volksschullehrer als Jahrgangsbester ab. Schon während seiner zweijährigen Tätigkeit als Lehrerpraktikant wurde seine politische Begabung vom Mitbegründer der württembergischen Zentrumspartei Josef Eckard entdeckt, der ihn zum Eintritt in die Redaktion des katholischen „Deutschen Volksblattes“ veranlasste. Neben seiner publizistischen Tätigkeit leitete Erzberger in Stuttgart ein katholisches Arbeitersekretariat und gehörte zu den Verfechtern der 1899 gegründeten Christlichen Gewerkschaften. 1903 wurde er mit 28 Jahren für die Zentrumspartei im Wahlkreis Biberach-Leutkirch-Waldsee-Wangen als jüngster Abgeordneter in den Reichstag gewählt, wo er zur neuen Generation von Berufspolitikern zählte. Da Reichstagsabgeordnete zu diesem Zeitpunkt noch keine Diäten erhielten, verdiente er seinen Lebensunterhalt als parteipolitisch gebundener Journalist. Er schrieb Artikel über die politischen Entwicklungen in Berlin, die er mittels einer eigens gegründeten Presseagentur an katholische Tageszeitungen primär in Süddeutschland verkaufte. Als Mitglied des Haushaltsausschusses machte sich Erzberger schnell einen Namen und wurde als Experte für den Militäretat und als Kritiker von Missständen in der Kolonialverwaltung von der Regierung gefürchtet. Er wirkte zudem auf eine stärkere Parlamentarisierung des Kaiserreiches hin. So setzte die Zentrumsfraktion 1912 gegen den Widerstand der Konservativen aufgrund seiner Initiative in der Geschäftsordnung des Reichstages die Verankerung eines parlamentarischen Missbilligungsvotums gegen den Reichskanzler durch, das 1913 erstmals zur Anwendung kam.

Nach Ausbruch des 1. Weltkrieges trat der zuvor oft regierungskritische Erzberger in Regierungsdienste. Er organisierte und koordinierte für das Nachrichtenbüro des Reichsmarineamts und die „Zentralstelle für Auslandsdienst“ die deutsche Auslandspropaganda in neutralen Staaten und trat für expansive Kriegsziele ein. Im Verlauf des Krieges wandelte er sich jedoch vom Annexionisten zum Vorkämpfer eines Verständigungsfriedens ohne Gebietserwerbungen und gehörte zu den Initiatoren der „Friedensresolution“ des Reichstages vom Juli 1917. Auch wenn die von Zentrumspartei, Sozialdemokraten und Liberalen unterstützte Initiative aufgrund des Widerstandes des Kaisers und der Obersten Heeresleitung folgenlos blieb und nicht zu einer Neuausrichtung der Kriegsziele führte, so kam es bei dieser Gelegenheit zur erstmaligen Kooperation der später die Republik stützenden sogenannten „Weimarer Koalition“. Als die Oberste Heeresleitung Ende September 1918 angesichts des drohenden Zusammenbruchs der Front von der Politik die sofortige Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen forderte, um nicht selbst die Verantwortung

für die militärische Niederlage übernehmen zu müssen, unterzeichnete Erzberger als Leiter der deutschen Waffenstillstandskommission im Wald von Compiègne am 9. November 1918 mit Zustimmung Hindenburgs den Waffenstillstand, der die vierjährigen Kampfhandlungen beendete. Hierdurch und durch sein Eintreten für die Annahme des Versailler Vertrages, die er für notwendig hielt, da anderenfalls alliierte Truppen nach Deutschland einmarschieren und dadurch dessen Einheit gefährden würden, wurde er endgültig zur verhassten Zielscheibe von Gegnern der Republik, die ihn als „Novemberverbrecher“ und „Erfüllungspolitiker“ diffamierten. Ungeachtet dessen übernahm Erzberger als Reichsfinanzminister im Kabinett von Reichskanzler Gustav Bauer (SPD) ab Juni 1919 auch Verantwortung für die desaströse finanzielle Hinterlassenschaft des Krieges und schuf eine Finanzreform, deren Grundsätze bis heute fortwirken. Das aus 16 Einzelgesetzen bestehende und in nur neun Monaten bis März 1920 von Erzberger durchgesetzte Reformwerk sah den Übergang der Finanzverwaltung von den Ländern auf das Reich, die Schaffung einer reichseinheitlichen Abgabenordnung, eine Vereinheitlichung des Steuersystems und Steuererhöhungen für Vermögende durch die Einführung eines neuen Erbschaftssteuergesetzes sowie eine Neuverteilung der öffentlichen Einnahmen zwischen Reich, Ländern und Kommunen vor. Ferner gelang ihm eine Neuordnung der Eisenbahnen. Er übernahm deren Verwaltung aus der bisherigen Kompetenz der Einzelstaaten und schuf ein reichseinheitliches Bahnsystem.

Trotz dieser Leistungen sah sich Erzberger am 12. März 1920 infolge ständiger Angriffe des früheren Finanzstaatssekretärs und späteren DNVP-Abgeordneten Karl Helfferich zum Rücktritt als Reichsfinanzminister gezwungen. Dieser hatte ihm in seiner Broschüre „Fort mit Erzberger!“ vorgeworfen, den Militärs im Krieg in den Rücken gefallen zu sein, durch Förderung des „Versailler Schand- und Knechtschaftsfriedens“ die finanzielle Knebelung Deutschlands verursacht und während des Krieges private Interessen und politische Betätigung vermischt zu haben. Erzberger strengte einen Prozess gegen Helfferich wegen Beleidigung an. Da das Gericht diesen zwar zu einer geringen Geldstrafe verurteilte, Erzbergers persönliche Integrität aber im Prozessverlauf und in der Urteilsbegründung infrage gestellt wurde, trat er noch am Tag des Urteils zurück, um seine Rehabilitierung vorzubereiten. Im Juni 1921 kündigte er für den Herbst seine Rückkehr in die aktive Politik an, wozu es jedoch nicht mehr kommen sollte. Am 26. August 1921 wurde er von den Freikorpsmitgliedern Heinrich Tillessen und Heinrich Schulz ermordet, nachdem mehrere Attentatsversuche auf ihn zuvor gescheitert waren. Die im Auftrag der rechtsradikalen „Organisation Consul“ handelnden Täter flohen ins Ausland. 1933 kehrten sie nach Deutschland zurück, nachdem sie zuvor auf Veranlassung der nationalsozialistischen Machthaber amnestiert wurden. Erst nach 1945 wurden die Mörder rechtlich belangt, saßen aber nur wenige Jahre im Gefängnis.

Erzbergers Rolle als Wegbereiter der ersten deutschen Demokratie unterlag nach 1945 lange Zeit einem „Schleier des Vergessens“, wie der frühere Bundestagspräsident Norbert Lammert 2017 in einer Würdigung betonte. Dies änderte sich erst seit den 2000er Jahren. Seit 2004 erinnert eine vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg entwickelte Dauerausstellung in der Erinnerungsstätte Matthias Erzberger in seinem Geburtshaus in Buttenhausen an den Politiker. Am 26. August 2011 erhielt der Festsaal des Bundesfinanzministeriums den Namen „Matthias-Erzberger-Saal“. Seit März 2017 ist das Bundestagsgebäude Unter den Linden 71 in Berlin-Mitte nach Erzberger benannt und seit dem 17. Mai 2021 wird dort auch mit einer Porträtbüste des Künstlers Bertrand Freiesleben an ihn erinnert.

Literatur:

- Dowe, Christopher: Matthias Erzberger. Ein Leben für die Demokratie, Stuttgart 2011.
- Dürr, Benjamin: Erzberger. Der gehasste Versöhner. Biographie eines Weimarer Politikers, Berlin 2021.
- Palmer, Christoph, Schnabel, Thomas (Hrsg.): Matthias Erzberger 1875-1921. Patriot und Visionär, Stuttgart 2007.